

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Lesungsverhältnissen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostpreußen / Beilagen: Der rote Stern / Rund
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung

Sturmmonat!
Werbt für
Arbeiterstimme
und Volks-Echo

Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft, Dresden, 13. 1931. Preis: 10 Pfennig. Die Arbeiterstimme ist eine Tageszeitung der KPD. Sie enthält alle Nachrichten der Arbeiterbewegung und der Welt. Sie ist eine der besten Tageszeitungen der Arbeiterbewegung. Sie ist eine der besten Tageszeitungen der Arbeiterbewegung. Sie ist eine der besten Tageszeitungen der Arbeiterbewegung.

7. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 4. Juli 1931 Nummer 130

Die „Arbeiterstimme“ deckt auf:

Riefenpensionen in Sachsen!

Erminister 450 Mt., Arbeitsloser 14 Mt. pro Woche

Wir sind in der Lage, der wertvollen Öffentlichkeit von aufreizenden Tatsachen Mitteilung zu machen. Es handelt sich um die Pensionen, die in Sachsen den früheren Ministern, Ministerialdirektoren usw. bezahlt werden. Die Unsummen wurden bisher der Öffentlichkeit vorenthalten, und weder die bürgerliche noch in besonderen die sozialdemokratische Presse, der die Dinge ebenfalls bekannt sein müssen, hat sie veröffentlicht. Es sind nicht weniger als 161 „Pensionäre“, die monatlich von 800 Mark bis zu 1836 Mark erhalten, während alle Kosten auf die Arbeiter, Angestellten, unteren Beamten, Kleingewerbetreibenden und Kleinrentner abgewälzt werden und das Volk dabei und hungert. Gerade in diesen Tagen ist die Notverordnung in Kraft getreten, die Bürgersteuer wird erhöht, die Sozialfürsorge abgebaut. Die Riefenpensionen werden nicht abgebaut. Ein Skandal, der die Empörung der Volksmassen noch härter anwachsen lassen wird. Was nützt, ist Kampf für die Kürzung der hohen Pensionen laut Arbeitsbeschaffungsplan der KPD, ist Steigerung der Volksaktion für Arbeit, Brot, Freiheit! — Und hinein in die KPD, werdet Abonnenten der Arbeiterstimme!

Es erhalten u. a. solche Riefenpensionen pro Monat:

- aus der Zeit vor 1918:

Minister Graf Bismarck von Schlabitz	1952 RM
Minister Dr. von Red	1836 "
Minister von Nehtz-Ballwitz	1619 "
- aus der Zeit nach 1918:

Minister Dr. Genfert	1743 RM
Minister Seibt	1153 "
Minister Bünger	1388 "
Minister Eisner	1133 "
Minister Krog u. Ridda und Jansenlein	1263 "
Minister Dr. Weber	1763 "

3. Ministerialräte, kirchliche Würdenträger, Hofstrazzen usw.: Es handelt sich hier um nicht weniger als 105 Personen, die über 300 RM monatlich erhalten. Wir führen nur einige Beispiele an:

Ministerialdirektor von Schart	1240 RM
Ministerialdirektor Dr. von Pflug	1178 "
Ministerialdirektor Dr. Pelling	1248 "
Ministerialrat Dr. von Brandenstein	815 "
Landgerichtspräsident Adler	1061 "
Landgerichtspräsident Fiedel	917 "
Schlichter von Friesen	1043 "
Schlichter von Egelsh	926 "
Präsident des evangelisch-lutherischen Konsistoriums Dr. Köhne	1043 "
Oberberghauptmann Dr. Fischer	917 "
Polizeipräsident Köllig	837 "
Polizeihauptmann Gausle	837 "
Kendarmenoberst Klähre	817 "

Nach zwei einzelne Fälle zur Charakteristik: Da ist der damals königliche Kammerer seiner Majestät des Ex-Königs August von Sachsen; er erhält monatlich eine Pension von 1043 Mark 40 Pfennig! Da ist dann noch der Ministerialdirektor Freund, der 879 Mark 80 Pf. monatlich bekommt; er ist Mitglied der SPD!

Diesem präventiven Pensionenstempel muß ein Ende gemacht werden. Das kann nur durch eine Massenbewegung unter Führung der KPD erfolgen. Die Nazis sind natürlich für die Pensionen und ebenso die SPD, die sich nur in allgemeinen Reden ein Bild zu verschaffen versucht, aber jede konkrete Einzelheit verachtet u. die Massen absulzen versucht.

Die KPD hat in ihrem Arbeitsbeschaffungsplan als eine der Möglichkeiten der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung genannt:

„Kürzung der Gehälter und Pensionen der oberen Beamten und Angestellten in öffentlichen Stellen, soweit

Wir werben im Sturmschritt!

- Ortsgruppe Eidenstedt: Als Ergebnis des gut vorbereiteten Werksamstags melden wir: 22 neue Parteimitglieder, 5 neue Leser der Tageszeitung, 23 Wochenzeitungen, 50 rote-Hilfe-Mitglieder, 200 KZJ verkauft, 100 Broschüren verkauft, 7 KZJ-Liter, 1 Vektorin Der Weg der Frau, außerdem wurden umgelegt 2 Kollektivabos zu 1,70 Mark, 5 a 0,20 Mark.
 - Ortsgruppe Ortmannsdorf: 11 neue Parteigenossen, darunter 3 Betriebsarbeiter, 2 Tageszeitungsleser, 9 Mitglieder für den Einheitsverband der Bergarbeiter, 3 Kampfbandmitglieder.
 - Köslitz: 4 neue Mitglieder, darunter 3 Betriebsarbeiter.
 - Wittenstein-G.: 16 neue Mitglieder, davon 3 Frauen und 2 Betriebsarbeiter.
 - Reinhardt: 5 Parteimitglieder, 3 Tageszeitungsleser und 40 KZJ-Mitglieder.
- Wird täglich für die Partei, für die Arbeiterstimme, für die Wochenzeitung Sächsisches Volkswort!

Die den Betrag von 8000 bzw. 6000 Mark jährlich übersteigen. Etwa 350 Millionen Mark würden dadurch frei werden.

Das gilt fürs Reich und im besonderen für Sachsen. Heute besetzt der Ex-Minister des Ex-Königs August, der Graf Bismarck von Schlabitz 1952 Mark im Monat, das ist 450 Mark pro Woche! Ein Arbeitsloser bezieht 14 Mark pro Woche — und nicht jeder! Mögen die hohen Herrschaften mal lempeln geben! Die Kürzung ihrer Pensionen auf 800 bzw. 6000 Mark jährlich ist das mindeste, was jetzt durch Entlastung der Massenbewegung durchgesetzt werden muß!

Der Niedergang der SPD!

Neues „linkes“ Betrugsmanöver der Sendwige
Die Massenempörung der sozialdemokratischen Arbeiter über die Notverordnungspolitik ihrer Partei hat die „linken“ SPD-Führer zu einem neuen Manöver gezwungen, mit dem sie die immer härter einsetzende Massenabwanderung aus dem sozialdemokratischen Lager zur KPD hoffen aufhalten zu können.

Die am 1. Juli erschienene Nummer des „Klassenkampf“, des theoretischen Organs der „Linken“, veröffentlicht einen von Max Adler, Kurt Rosenfeld, Max Sendwige und Heinrich Ströbel unterzeichneten Aufruf unter der Überschrift „Wahrhaftig an die Partei“, in dem die „Linken“ den Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Tolerierung der Notverordnung für falsch und gefährlich bezeichnen und die Verantwortung für sie ablehnen. Sie fordern zu einer Unterzeichnensammlung auf.

Fälligkeit der Leipziger Beschlüsse
In dem Artikel „Wahrhaftig an die Partei“ wird zunächst erneut versucht, es so hinzustellen, als habe der Leipziger Parteitag die SPD-Reichstagsfraktion verpflichtet, gegen die Hungernotverordnung Wehring zu setzen. Die Öffentlichkeit weiß, daß das Gegenteil der Fall ist. Sie hat die jämmerliche Feigheit des

Geberings Schieferlaß: Scharf Feuer!

Verfallungsverbote in Mannheim bis 1. Oktober, in Braunschweig „bis auf weiteres“
Berlin, 4. Juli.

Der preussische sozialdemokratische Innenminister Gebering hat an sämtliche preussische Polizeiverwaltungen einen verschärften Schieferlaß herausgegeben. Es heißt da: daß jede Polizeimannschaft und jeder Einzelbeamte das Recht haben, zur Brechung tätlichen Widerstandes die Schußwaffe anzuwenden. Wenn die früheren Gelasse die Abgabe von Schreißschüssen für zulässig hielten, dürfe das nicht dazu führen, daß die scharfe Anwendung der Schußwaffe unterbleibt. Er, Gebering, würde, jedem Beamten, der scharf schießt, in Schutz nehmen!

Dieser Erlaß, der alles, was Wilhelm Polizeiminister machen übersteigt, bedeutet in seiner Auswirkung, daß Arbeiter in Deutschland freiwild sind! Er macht jeden beliebigen Polizisten zu einem Richter über Leben und Tod, der stattdessen weiterrs Todesurteile fällt und vollstreckt. Der Erlaß wird unter den Volksmassen und besonders auch unter den sozialdemokratischen einen Sturm der Empörung hervorzurufen. Er wird der SPD, der Hülfspartei des Faschismus tausende Mitglieder und viele zehntausende Anhänger kosten. Er wird die hungernden Volksmassen nicht einschüchtern, sondern die Volksbewegung unter Führung der KPD wird erst recht wachsen!

Mannheim, 4. Juli. (Eig. Meld.)
Der vor wenigen Tagen erst neugewählte Innenminister E. Meier hat als erste Regierungshandlung sämtliche Versam-

lungen und Kundgebungen unter freiem Himmel vom 4. Juli bis 1. Oktober verboten.

Braunschweig, 4. Juli. (Eigene Meldung.)
Der Reichsminister Franzen hat, dem Beispiele SPD-Ablehners in Leipzig sich anschließend, auf Grund der Notverordnung bis auf weiteres sämtliche Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel verboten. Das Verbot wurde erst jetzt auszusprechen, nachdem die Nationalsozialisten bereits zahlreiche Aufmärsche und Kundgebungen durchgeführt haben und nachdem der Sieg des kommunistischen Volksbegehrens gezeigt hat, daß die Arbeiterkraft entschlossen zum Kampf gegen die Regierung rüft.

Reichserwerbslosentag am 15. Juli

Weitern tagte die Sitzung des Reichsausschusses der Erwerbslosen mit Vertretern aus allen Bezirken Deutschlands der zu den Aufgaben im Kampf gegen die Notverordnung Stellung nahm. Der Reichsausschuss beschloß, am 15. Juli einen Reichserwerbslosentag in Form von Demonstrationen und Kundgebungen als Protest gegen den Hungerfeldzug der Brüningregierung durchzuführen.

Das Reichsarbeitsministerium führt gegenwärtig Besprechungen mit den Vertretern verschiedener Industriezweige durch. Es handelt sich um die Durchführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich; das bedeutet Lohnabbau um den 6. Teil, also um 17 Prozent. Die Besprechungen werden abgehalten mit den Syndikats der Gemischen, der keramischen und der Zementindustrie, der Brauereien und des Holzgewerbes. Die Besprechungen mit der Papierindustrie wurden schon vor einigen Tagen beendet.

Das Reichsarbeitsministerium hat jetzt auch den Entwurf über die „freiwillige“ Arbeitsdienstplicht fertiggestellt. Durch die Notverordnung wurde 350 000 Jugendlichen die Unterstützung genommen, um sie so zum „freiwilligen“ Arbeitsdienst zu zwingen. Wie berichtet wird, kann nach dem Entwurf das Arbeitsamt für Volk- oder Arzelmunterstützte die Unterstützung auf höchstens 2 Mark pro Wochentag für eine Dauer von 20 Wochen festsetzen. Die Unterstützung wird nicht an den Arbeiter, der arbeitsdienstplichtige Arbeit leistet, sondern an den Unternehmer ausgezahlt! Dieser kann einen Betrag von 1,50 Mark für jeden Wochentag zwölf Wochen hindurch den Arbeitenden gutschreiben. Sozial aus all diesen Bestimmungen bis jetzt bekannt geworden

ist, laufen sie darauf hinaus, die Arbeiter unter militärischen Drill zu nehmen und zu zwingen, für ein paar Bettelplättchen zu kämpfen.

Pflichtarbeiterstreik in Niedersiedlich erfolgreich!

Der Pflichtarbeiterstreik in Niedersiedlich wurde gestern mit Erfolg abgebrochen. Der Teilerfolg der Pflichtarbeiter besteht darin, daß sie für jeden geleisteten Arbeitstag eine Ernährungsbetrag von 50 Pfennig erhalten. Die eigentliche Forderung, die von dem Kampfausschuss der Pflichtarbeiter mit aller Entschiedenheit vertreten wurde, war die tatsächliche Bezahlung. Der Kampfausschuss entschied sich, infolge der schwankenden Haltung einiger unter sozialdemokratischer Führung stehender Arbeiter, nach diesem Teilerfolg den Kampf abzubrechen, um zu einem neuen härteren Fortschritt zu rufen. Dieser Teilerfolg der Pflichtarbeiter von Niedersiedlich ist ein Beweis der Kampfkraft, sobald die Arbeiter geschlossen auftreten. Es ist ein Erfolg der KPD